

## Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 16. Januar 1985  
am Donnerstag, dem 17. Januar 1985

### Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	56, 57	Dr. Klejdzinski (SPD)	23, 24
Bernrath (SPD)	47	Frau Dr. Lepsius (SPD)	40, 41
Conradi (SPD)	7	Menzel (SPD)	48, 49
Dr. Czaja (CDU/CSU)	34, 35	Müller (Düsseldorf) (SPD)	16, 17
Dr. Enders (SPD)	39	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	18, 19
Eylmann (CDU/CSU)	50, 51	Niegel (CDU/CSU)	46
Fiebig (SPD)	5, 6	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	20, 25
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	10, 11	Dr. Scheer (SPD)	12, 13
Gansel (SPD)	14, 15	Dr. Soell (SPD)	2, 36
Hettling (SPD)	21, 22	Dr. Spöri (SPD)	42, 43
Hinsken (CDU/CSU)	28, 29	Stiegler (SPD)	1, 30
Dr. Hirsch (FDP)	37, 38	Tillmann (CDU/CSU)	52, 53
Hoffmann (Saarbrücken) (SPD)	8, 9	Uldall (SPD)	45
Dr. Hupka (CDU/CSU)	33, 44	Weiß (CDU/CSU)	31, 32
Dr. Jens (SPD)	3, 4	Zierer (CDU/CSU)	26, 27
Kirschner (SPD)	54, 55		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau**

1. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)                      Wie weit sind die Bemühungen um eine europäische Raumordnungscharta und ein europäisches Raumordnungsschema inzwischen gediehen, und welche Beiträge hat die Bundesregierung dazu innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und innerhalb der Gremien des Europarates bisher geleistet?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers  
und des Bundeskanzleramtes**

2. Abgeordneter  
**Dr. Soell**  
(SPD)                      Sieht die Bundesregierung im Motto des 1985 in Hannover geplanten Deutschlandtreffens der Schlesier („40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“) die Gefahr eines weiteren Anwachsens von Mißverständnissen im deutsch-polnischen Verhältnis, insbesondere – angesichts der dort geplanten Rede von Bundeskanzler Kohl – die Verstärkung des Revisionismusvorwurfs?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

3. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)                      Welche Initiativen will die Bundesregierung in der EG ergreifen, um Vorkehrungen zu treffen, daß sich ähnliche wirtschaftspolitische Vorkommnisse, wie beim einseitigen Importstopp für Röhren durch die USA, in Zukunft nicht wiederholen?
4. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD)                      Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Einigungsbemühungen mit den USA vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Erfordernisse, protektionistische Tendenzen wirksam zu bekämpfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,  
Familie und Gesundheit**

5. Abgeordneter  
**Fiebig**  
(SPD)                      Wie gelangt die Bundesregierung zu der irrigen Annahme, der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Herr Professor Überla, sei bis zu vier Wochenstunden an der Ludwig-Maximilian-Universität zu München tätig, wie das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit mir am 8. November 1984 mitgeteilt hat, angesichts der Tatsache, daß das Vorlesungsverzeichnis der Universität etwas ganz anderes ausweist?

6. Abgeordneter  
**Fiebig**  
(SPD)
- Seit wann gehört es zu den Aufgaben des Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes, Herr Professor Überla, Ärzte und Ärztinnen zu veranlassen, an Veranstaltungen des Unternehmens „Infratest Gesundheitsforschung“ teilzunehmen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

7. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung wiederholte öffentliche Äußerungen der Mütter von Wehrpflichtigen bekannt, sie hätten an Wochenenden die Wäsche ihrer bei der Bundeswehr dienenden Söhne zu waschen, und ist die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß die Bundeswehr nicht in der Lage ist, die Wäsche der Wehrpflichtigen jede Woche ordnungsgemäß zu waschen?
8. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung angesichts ihrer eigenen Aussage „bezieht sich das FM 100-5 nicht ausdrücklich auf den Einsatz des US-Heeres im Rahmen der NATO“ die Tatsache, daß im Kapitel 17 des FM 100-5 „Combined Operations“ ausdrücklich der Einsatz des US-Heeres im Rahmen der NATO erörtert wird?
9. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD)
- Wie verbindet die Bundesregierung ihre Zustimmung zu dem im August 1982 von Generalleutnant Glanz und US-Heeres-General Meyer unterzeichneten Papier „AirLand Battle 2000“ mit der Tatsache, daß in diesem Papier unter „2. Zweck des Konzepts“ die Aussage enthalten ist: „Die Sicherheitsinteressen des Bündnisses werden durch Vorgänge außerhalb der geographischen Begrenzung der NATO beeinflußt. Für das Bündnis können sich Anlässe oder die Notwendigkeit zu handeln auch außerhalb dieser Grenzen ergeben“?
10. Abgeordnete  
**Frau**  
**Fuchs**  
(Verl)  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Aussage General Rogers „Den im AirLand Konzept enthaltenen Präventivangriff können wir nicht übernehmen“ die Klarstellung der NATO konkretisiert, daß bestimmte Elemente von AirLand Battle für Mitteleuropa nicht gelten?
11. Abgeordnete  
**Frau**  
**Fuchs**  
(Verl)  
(SPD)
- Welches sind im einzelnen die Bedenken, die die Bundesregierung gegen bestimmte Aspekte des FM 100-5 hat hinsichtlich seiner Anwendbarkeit als Führungsvorschrift für im Rahmen der NATO in der Bundesrepublik Deutschland stationierte amerikanische Truppen?

12. Abgeordneter  
**Dr. Scheer**  
(SPD)
- Treffen die Nachrichten zu, daß die amerikanischen Streitkräfte mit 27 Kilogramm schweren, in Rucksäcken gelagerten Atomsprengköpfen mit einer Sprengkraft von 250 Tonnen TNT ausgerüstet worden sind, von denen 100 in der Bundesrepublik Deutschland liegen?
13. Abgeordneter  
**Dr. Scheer**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung dieser Maßnahme ihre Zustimmung gegeben, und wie kann sie diesen Schritt gegebenenfalls mit der Maxime vereinbaren, die nukleare Schwelle bei den europäischen NATO-Streitkräften heben zu wollen?
14. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Sind Presseberichte zutreffend, daß amerikanische Spezialeinheiten in der Bundesrepublik Deutschland für den „Einsatz im feindlichen Hinterland“ mit tragbaren Atomwaffen, sogenannten „Tornister-Bomben“ ausgerüstet sind, und ist die Bundesregierung darüber informiert, ob sich solche Bomben auch bei amerikanischen Einheiten in Berlin (West) befinden?
15. Abgeordneter  
**Gansel**  
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls für den Abzug dieser Bomben aus der Bundesrepublik Deutschland und – in Absprache mit ihren Verbündeten – aus Westeuropa ergreifen?
16. Abgeordneter  
**Müller**  
(Düsseldorf)  
(SPD)
- Treffen Presseberichte zu, wonach in der Bundesrepublik Deutschland amerikanische Streitkräfte mit „kleinen Atombomben“, die von einer Person als „Tornister-Atombombe“ transportiert werden können, ausgerüstet sind?
17. Abgeordneter  
**Müller**  
(Düsseldorf)  
(SPD)
- Stimmt es, daß für einen eventuellen Einsatz dieser Waffen eine spezielle Ausbildung auch in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet?
18. Abgeordnete  
**Frau Nickels**  
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen oder widerlegen, daß es sich bei den in jüngster Zeit in der Presse diskutierten „Tornister-Bomben“ um solche Massenvernichtungswaffen handelt, die in der Fachliteratur als „Spezial Atomic Demolition Munition“ bzw. „Spezielle Atomminen“ seit geraumer Zeit (veröffentlicht etwa in der Broschüre „Lagerung und Transport von Atomwaffen“, herausgegeben vom Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Starnberg 1982) bekannt sind?
19. Abgeordnete  
**Frau Nickels**  
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an ihrer im Bundeswehrplan 1985 beschriebenen Zielsetzung fest, auf den Abzug sämtlicher Atomminen in der Bundesrepublik Deutschland hinzuwirken, bzw. wie beurteilt sie Pressemeldungen, daß dies seit der letzten NATO-Ratstagung nicht für den Typ der SADM gilt?

20. Abgeordnete  
**Frau Reetz**  
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die psychologischen Auswirkungen auf die Bevölkerung im Ortenaukreis, insbesondere der Stadt Lahr, die hervorgerufen werden durch den Bau von dreizehn 17 Meter langen Betonröhren (Durchmesser 3,2 Meter), die in 26 einzelnen Moduln von einer französischen Firma auf dem Lahrer Flugplatz installiert werden und als Personalschutzbauten deklariert wurden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

21. Abgeordneter  
**Hettling**  
(SPD)
- Ist es der Bundesregierung bekannt, daß anlässlich der UN-Konferenz vom 16. Juli bis 3. August 1984 in Genf über die Registrierung von Schiffen, die die Bundesregierung vertretenden Beamten es gewesen sein sollen, die durch ihre ablehnende Haltung verhindert haben, daß Maßnahmen gegen die offenen Register vereinbart werden konnten und somit die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1982 völlig ignorierten?
22. Abgeordneter  
**Hettling**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gewillt, bei der Fortsetzung der UN-Konferenz über die Registrierung von Schiffen vom 28. Januar bis 14. April 1985, die sie auf dieser Konferenz vertretenden Beamten anzuweisen, die schiffahrtspolitische Entschließung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1982, die von allen Fraktionen getragen wurde, zur Grundlage der Verhandlungen zu machen, um dadurch internationale Maßnahmen gegen die offenen Register ergreifen zu können?
23. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- Wie ist der Stand der Planung für den Ausbau der B 67 n Bocholt—Dülmen, und in welche Dringlichkeitsstufe ist die B 67 n eingestuft bzw. soll die Einstufung geändert werden?
24. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD)
- In welchem Stadium befindet sich das Planfeststellungsverfahren für die B 67 n, und wann ist mit dem Abschluß des Planfeststellungsverfahrens zu rechnen?
25. Abgeordnete  
**Frau Reetz**  
(DIE GRÜNEN)
- Welche Schwierigkeiten vor Ort stellen sich dem Baubeginn der Ortsumgehung Steinach/Kinzigtal der B 33 neu entgegen und haben offensichtlich dazu geführt, daß die Vergabe der Bauaufträge für diese Ortsumgehung noch immer nicht erfolgt ist?
26. Abgeordneter  
**Zierer**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die mengenmäßige Reduzierung der Salzstreuung auf öffentlichen Straßen in den letzten Jahren sowie darüber, inwieweit sich die Salzstreuung auf öffentlichen Straßen negativ auf die Umwelt auswirkt?

27. Abgeordneter  
**Zierer**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Spikesreifen für Rettungsfahrzeuge im Sanitätsdienst sowie für Polizei, Bundeswehr und Grenzschutz generell im Winter zuzulassen?
28. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, genau überprüfen zu lassen, ob Spikes wieder zugelassen werden können, nachdem sie in fast allen Ländern der EG sowie Nachbarstaaten mit gleichen Witterungsverhältnissen zugelassen sind?
29. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung seit der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU über „Verkehr auf winterlichen Straßen“ neuere ergänzende Erkenntnisse über Weiterentwicklung der Spikes sowie Schadensverursachung durch Wiederzulassung solcher Spikes und Salzstreuung (Umweltschäden) vor?
30. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD) Wieviel Auszubildende wird die Deutsche Bundesbahn (DB) in den Zonenrand-Ausbesserungswerken Fulda und Weiden nach Abschluß des laufenden Ausbildungsjahres übernehmen, und wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß die Zonenrand-Ausbesserungswerke genauso behandelt werden, wie die vier Ausbesserungswerke, die der Vorstand der DB als nach seiner Auffassung optimale Kombination erhalten will?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

31. Abgeordneter  
**Weiß**  
(CDU/CSU) Wie weit sind die Forderungen der Bundesrepublik Deutschland nach einer Reform der UNESCO in Programm, Struktur und Verwaltung gediehen?
32. Abgeordneter  
**Weiß**  
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, sollte sich die UNESCO als unfähig oder unwillig erweisen, die notwendigen Reformen in Programm, Struktur und Verwaltung vorzunehmen?
33. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Behauptung des früheren Mitarbeiters der deutschen Botschaft in Warschau, Klaus Reiff, („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4. Januar 1985), „von den wenigen noch verbliebenen tatsächlichen Deutschen, die in Polen heute mangels Masse gar keine Minderheit mehr darstellen können“ und die Feststellung „es stimmt auch nicht, daß die deutsche Sprache in Polen unterdrückt wird“ bestätigen, oder liegen der Bundesregierung andere Erkenntnisse vor?

34. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Sind Bemühungen dafür im Gange, daß das Auswärtige Amt für Grundsatz- und Einzelanliegen in Menschenrechtsfragen einen wirksamen und ausreichend ausgestatteten Arbeitsstab bildet, nachdem der Bundesminister des Auswärtigen aktive Menschenrechtspolitik im Sinne der UN-Menschenrechtspakte als einen Pfeiler der deutschen Friedenspolitik berechtigterweise bezeichnet und auf der 39. UN-Generalversammlung dies als zentrale Aufgabe vertreten hat?
35. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister des Auswärtigen bei seinen Besprechungen in Prag auch die Einhaltung der Rechtsverpflichtung der Tschechoslowakei nach Artikel 12,2 des Politischen UN-Menschenrechtspaktes auf freie Ausreise „jedermanns“ aus „jedem Land“ in bezug auf die in der Prager Botschaft befindlichen deutschen Staatsangehörigen eingefordert, und welche Antwort hat er erhalten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

36. Abgeordneter  
**Dr. Soell**  
(SPD)
- Mißt die Bundesregierung die finanzielle Förderung der Arbeit von Vertriebenenverbänden an der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder dieser Verbände, und welche Folgerungen zieht sie z. B. aus Äußerungen des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, viele Mitglieder könnten „keine schlesische Großmutter nachweisen“, sondern seien „Bekanntnischlesier“?
37. Abgeordneter  
**Dr. Hirsch**  
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß die mit der Untersuchung des Salzstocks Gorleben beauftragten Institutionen, nämlich die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover vor der Standortuntersuchung und bis heute keine eindeutigen Eignungskriterien für den Salzstock benannt haben, und nach welchen Kriterien soll unter diesen Umständen das Untersuchungsergebnis hinsichtlich der Eignung für eine Endlagerung bewertet werden?
38. Abgeordneter  
**Dr. Hirsch**  
(FDP)
- Sind der Bundesregierung die Auswahlkriterien des niederländischen geologischen Reichsdienstes von 1980 und der amerikanischen NRC von 1981 bekannt, und ist es zutreffend, daß die bisherigen Untersuchungsergebnisse diesen Kriterien nicht entsprechen, weil die obere Ebene des Salzstocks nicht unter dem Wasserkreislauf liegt und daher weiterhin abgelagert wird, zwischen dem Salzstock und den wasserführenden Schichten, die am Wasserkreislauf teilnehmen, keine geschlossene Tonschicht vorhanden ist, der Salzstock noch in der Quartärzeit aufgestiegen ist und sich wahrscheinlich heute noch bewegt, für den Standort weder tektonische noch hydrogeologische Stabilität nachgewiesen worden sei?

39. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie groß die Zahl der angenommenen Scheinehen zwischen Ausländern und deutschen Frauen ist, und hält sie für deren Enttarnung Auskünfte und Kontrollen selbst im persönlichen Bereich für gerechtfertigt?
40. Abgeordnete  
**Frau Dr. Lepsius**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung – wie Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion in einer Besprechung am 12. Dezember 1984 zugesagt – eine öffentliche Stellenausschreibung für die leitenden Koordinierungsaufgaben zur konzeptionellen Ausarbeitung eines „Hauses der Geschichte“ mit Standort in Bonn vorgenommen, und wird sie damit haushaltsrechtlichen Vorschriften entsprechen?
41. Abgeordnete  
**Frau Dr. Lepsius**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung unter Mißachtung der SPD-Bundestagsabgeordneten gegebenen Zusagen bereits eine personelle Vorentscheidung für Dr. Rainer Pommerin, Universität Köln, getroffen hat, und wie denkt die Bundesregierung mit dem deutschen Parlament umzugehen?
42. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Wurden die Namen von Demonstranten bzw. sogenannten Blockierern vor der von den US-Streitkräften genutzten Anlage „Waldheide“ in Heilbronn, gegen die z. T. Strafverfahren eingeleitet wurden, ebenso wie im Falle Mutlangen geschehen, beim Bundeskriminalamt bzw. dem Informationssystem für die Nachrichtendienste (NADIS) gespeichert?
43. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Um wie viele Fälle handelte es sich dabei in den letzten Jahren, und welche Gründe gab es gegebenenfalls für diese Speicherung?
44. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)
- Wie viele Polen sind zwischen 1980 und 1984 in die Bundesrepublik Deutschland als anerkannte Asylanten, als nicht oder noch nicht anerkannte Asylanten und ohne jede Asylbewerbung zugezogen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

45. Abgeordneter  
**Uldall**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wettbewerbsverzerrungen zwischen Luftfahrtunternehmen mit Fluglinienverkehr einerseits und Bedarfsluftgesellschaften andererseits auf Grund der ungleichen Behandlung bei der Mineralölsteuer?

46. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentlichen Bemerkungen in der Presse (vgl. DER SPIEGEL vom 10. Dezember 1984) des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Wolfgang Zeidler, zu Fragen über angebliche Ungerechtigkeiten im Steuer- und Sozialrecht der Bundesrepublik Deutschland?
47. Abgeordneter  
**Bernrath**  
(SPD)
- Billigt die Bundesregierung die Klage der bundeseigenen ILSE Bergbau-Gesellschaft mbH im Normenkontrollverfahren (OVG Münster Az. 10 a ND 21/84) gegen die Gemeinde Jüchen wegen Überprüfung der Rechtsgültigkeit eines Bebauungsplans, die angestrengt wurde, obwohl die Klägerin im Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan keine „Bedenken und Anregungen“ vorgetragen hatte, und wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung eines solchen Verfahrens auf die energiepolitischen Zielsetzungen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

48. Abgeordneter  
**Menzel**  
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß die EG Obst im Werte von ca. einer Milliarde DM vernichten will und daß dafür ca. 550 Millionen DM Kosten aufgewandt werden sollen?
49. Abgeordneter  
**Menzel**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung dazu ihre Zustimmung gegeben, bzw. was hat sie unternommen, um diese Vernichtung von Lebensmitteln zu verhindern?
50. Abgeordneter  
**Eylmann**  
(CDU/CSU)
- Welche Mengen überschüssiger landwirtschaftlicher Produkte sind 1984 vernichtet worden, und in welcher Relation stehen diese Mengen zur Gesamternte?
51. Abgeordneter  
**Eylmann**  
(CDU/CSU)
- Welche Mengen gekaufter Lebensmittel werden jährlich nicht verbraucht, sondern verderben, werden weggeworfen oder auf andere Weise vernichtet, und in welcher Relation stehen diese Mengen zur Gesamtmenge der gekauften Lebensmittel?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

52. Abgeordneter  
**Tillmann**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Änderung der Veranlagungsbescheide gemäß § 734 RVO für Sportvereine von bisher differenziert festgesetzten Schadensklassen nach Tätigkeit (z. B. 1.0 – 6.5) auf einheitlich 24.5 für sachlich gerechtfertigt und mit dem gemeinnützigen Auftrag der Mehrheit der Vereine vereinbar?

53. Abgeordneter  
**Tillmann**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft in dem Sinne einzuwirken, daß die bisher geltende differenzierte Festsetzung des Gefahrentarifs wieder eingeführt und dadurch die Schlechterstellung gemeinnütziger Sportvereine gegenüber gewerblichen Sportschulen, Erholungsvereinen, Dressuranstalten oder Freizeitparks rückgängig gemacht wird?
54. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung das durchschnittliche Jahreseinkommen der niedergelassenen Kassenärzte aus kassenärztlicher Tätigkeit in der letzten statistisch ausgewerteten Jahresperiode vor Steuern, und welches durchschnittliche Einkommen haben die einzelnen ärztlichen Gruppen?
55. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung das durchschnittliche Jahreseinkommen der niedergelassenen Zahnärzte aus kassenärztlicher Tätigkeit (ohne praxiseigenes Labor) in der letzten statistisch ausgewerteten Jahresperiode vor Steuern, und welches durchschnittliche zusätzliche Einkommen vor Steuern wird von diesen Zahnärzten erzielt, die ein praxiseigenes zahntechnisches Labor betreiben?
56. Abgeordneter  
**Amling**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung über eine im Verlauf des Jahres 1984 signifikant gestiegene Anzahl von gemäß § 119 AFG von den Arbeitsämtern insgesamt verfügbaren und im besonderen mit § 119 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 begründeten Sperrzeiten berichten, oder sind andere arbeitsmarktpolitische Entwicklungen benennbar, die trotz des seit 1981 feststellbaren erheblichen Rückgangs sowohl der insgesamt festgesetzten als auch der mit § 119 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AFG begründeten Sperrzeiten für eine Verlängerung der Dauer der Sperrzeiten bei „selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit“ sprechen?
57. Abgeordneter  
**Amling**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben darüber, welche zur Stellungnahme aufgeforderten Verbände und Institutionen, die durch die Änderung des AFG herbeigeführte und seit 1. Januar 1985 geltende Verlängerung der Dauer der Sperrzeiten bei „selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit“ von acht auf zwölf Wochen ohne Vorbehalte befürwortet haben, und teilt die Bundesregierung die beispielsweise vom DGB vertretene Auffassung, daß diese Verlängerung der Sperrzeiten keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schafft und damit nicht dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit abzubauen, sondern lediglich zu einer Erhöhung des auf Arbeitnehmer ausgeübten Drucks, auch ungünstige Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, führt?

Bonn, den 11. Januar 1985

